

„SPD/BLN-Koalition scheiterte kläglich“

Nackenheimer CDU zieht vernichtende Bilanz: Wichtige Weichenstellungen verhindert, Spannungen erzeugt

m. NACKENHEIM — Zum Koalitionsbruch zwischen den Sozialdemokraten und der Bürgerliste Lebenswertes Nackenheim erklärte der Bürgermeisterkandidat der CDU, Bardo Kraus, gegenüber der AZ, dieser Zusammenschluß sei von Anfang an ein Bündnis des Stillstandes, der Verhinderung von Vorhaben sowie der Zwietracht gewesen. Die jüngste BLN-Auflistung über Versäumnisse und Probleme diene nur der Bestätigung dieser Auffassung.

In der Entwicklung der Gemeinde gehe es nicht weiter, so Kraus. Öffentliche Vorhaben würden verzö-

gert, das Investitionsprogramm und der Vermögenshaushalt kämen nur zu einem Bruchteil zur Verwirklichung. Die Exkoalition habe durch den Verzicht auf die Ausweisung eines Gewerbegebietes eine entscheidende Weichenstellung für die Gemeinde verhindert. Angesichts der vielen wackelnden Arbeitsplätze in wichtigen Industriezweigen der Region sei es dringend erforderlich, möglichst wohnungsnah neue Arbeitsplätze anzusiedeln.

Mit der Entscheidung für das System der „Wiederkehrenden Beiträge“ habe die SPD/BLN-Mehrheit für

erhebliche Spannungen im Ort gesorgt. Die Christdemokraten hätten zuvor eindringlich vor diesem Schritt gewarnt, da dieses Verfahren der Umlegung von Straßenausbaukosten für die Situation in Nackenheim völlig ungeeignet sei. Der soziale Friede in der Gemeinde sei noch nicht wieder hergestellt, da lediglich der Vollzug der Beitragsbescheide ausgesetzt ist, die endgültige Entscheidung dagegen noch ausstehe.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Alfred Hoffmann ist der Überzeu-

gung, daß nach einem Vergleich der Versprechungen der im Ortsparlament vertretenen Gruppen vom Beginn der Wahlperiode mit den vorliegenden Ergebnissen für den Bürger nur festzustellen bleibe, daß die rot-grüne Koalition von SPD und BLN kläglich gescheitert ist. Die Einschätzungen der CDU in ihrem Flugblatt von 1989 seien hingegen leider in vollem Umfang eingetroffen. Bürgermeister Ollig und die SPD könnten jetzt, wenige Monate vor den Neuwahlen, nicht so tun, als sei nichts gewesen.